

11.46

Abgeordneter Dr. Johannes Hübner (FPÖ): Herr Staatssekretär! Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzter Kollege Karas, eine Frage kann ich Ihnen gleich beantworten, nämlich die Frage, wovor Sie sich fürchten. Sie haben gesagt, wovor Sie sich nicht fürchten, Sie haben aber nicht gesagt, wovor Sie sich fürchten. Das ist aber einfach zu beantworten, denn – Sie haben es nicht erwähnt – das ist eine Entscheidung des Volkes, eine Entscheidung der Bevölkerung (*Beifall bei der FPÖ*), die gegen die Nomenklatura und gegen abgehobene Leute ist, die Dinge aus ideologischen Gründen einfach durchsetzen, egal, ob es für die Bevölkerung gut oder schlecht ist, und egal, ob es die Bevölkerung will oder nicht will. Das ist aber eine Politik, die Sie eigentlich nicht mittragen sollten, die Sie nicht vertreten sollten und die wir nicht nur nicht mittragen, sondern die wir aktiv bekämpfen werden. Wir sind der Ansicht, Demokratie und Artikel 1 unserer Verfassung, dass das Recht vom Volk ausgeht, sind keine leeren Phrasen, sondern das sind Grundsteine unseres Handelns, das ist der zentrale Auftrag, den wir von der Verfassung, von den Wählern bekommen haben. Das, Herr Kollege Karas, gilt genauso für den jetzt leider nicht mehr anwesenden Herrn Minister Mitterlehner! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Kollegin Korun von den Grünen hat in der vorangegangenen Debatte dankenswerterweise sehr wichtige Sachen gesagt, nämlich, das Gebot von heute sei es, eine Politik jenseits von Sprechblasen und jenseits von bloßer symbolischer Politik zu machen. Das sollten wir uns alle ins Stammbuch schreiben lassen, Herr Kollege Karas, und nicht davon reden, wir müssten internationale Dinge durch Verhandlungen klären, einen Wildwuchs abstellen, Verhandlungen seien der Weg. Was gibt es denn noch zu verhandeln? – CETA liegt seit Monaten abgeschlossen und ausverhandelt da. Es gibt ausverhandelte, abgeschlossene Verträge, zu denen wir nur noch das Handl heben und Ja sagen dürfen, wie Sie meinen, oder zu denen wir das Handl heben und Nein sagen müssten, wie ich meine. Da brauchen wir jetzt nicht die Leute für dumm zu verkaufen und noch von Verhandlungen und Verhandlungsmandaten zu reden – das ist gelaufen! Und TTIP ist – wenn Sie Kommissarin Malmström zuhören – weitgehend ausverhandelt, für Verhandlungen und Kompromisse ist kaum mehr Spielraum. Wir werden uns hier an CETA orientieren müssen, so wie es ausverhandelt daliegt, sind die Worte der Kommission.

Wir haben also nicht zu entscheiden, ob man noch verhandelt und redet, sondern wir haben zu entscheiden, ob die Dinge, die weitgehend ausverhandelt sind, die in den zentralen Fragen nicht mehr verhandelbar sind – das haben auch die Amerikaner

dargestellt –, Gesetz werden sollen. Wir haben nicht darüber zu entscheiden – wie desinformativ, muss ich leider sagen, der Herr Wirtschaftsminister gesagt hat –, ob wir ein Albanien werden wollen und zur Politik von Enver Hoxha zurückkehren. Das verlangt niemand, es will ja auch niemand in die Steinzeit zurückkehren. Natürlich braucht es Handeln, natürlich braucht es Wettbewerb, natürlich braucht es freie Marktwirtschaft, die Frage ist nur: Mit welchen Grenzen? Illimitiert? Brauchen wir die totale freie Marktwirtschaft? – Die brauchen wir auch nicht, die ist auch in vielen Dingen reglementiert, unter anderem durch Antitrust-Bestimmungen und dergleichen, damit die freie Marktwirtschaft eine solche bleibt.

Der Freihandel ist natürlich zu beschränken. Es macht ja schon das, was an Freihandel in Europa existiert, nicht überall Sinn. Es macht keinen Sinn, dass Wasser, genannt Mineralwasser, aus Italien und Frankreich nach Österreich geschifft wird, damit halt Vittel oder Perrier oder Sanpellegrino draufsteht, nur weil das Marken des Nestlé-Konzerns sind, der über Verträge mit den Handelsfirmen und mit der Gastronomie seine Wässerchen unter seiner Marke hier absetzt. Das macht doch keinen Sinn, das ist ja keine nachhaltige regionale Politik, dass in ein Land, das von Wasser quasi überschwemmt ist, über Tausende Kilometer Wasser herbeigeschafft wird!

Genauso wenig macht es Sinn, dass wir gesalzene Butter aus der Normandie importieren, weil der Danone-Konzern dahintersteht, und dafür unseren Käse nach Südfrankreich oder nach Spanien exportieren. Wenn wir von regionaler Wirtschaft, regionalen Kreisläufen, regionaler Versorgung, Erhaltung der Strukturen sprechen, macht das keinen Sinn.

Es macht auch keinen Sinn, unsere Landwirtschaft mit einer agroindustriellen Landwirtschaft, wie sie in den Vereinigten Staaten besteht, in einen freien Wettbewerb zu schicken. Das macht keinen Sinn! Wenn es dort Bundesstaaten gibt, in denen die durchschnittliche Größe eines landwirtschaftlichen Betriebes bei 1 000 Hektar liegt – nicht in allen Staaten, aber in einigen Staaten –, dann macht es doch keinen Sinn, unsere Bergbauern mit durchschnittlichen Betriebsflächen von 20 bis 25 Hektar in eine freie Wirtschaft zu schicken. Es sei denn, wir sagen, wir brauchen sie nicht mehr, das Produkt muss am billigsten sein, wir kaufen dort ein, wo wir uns ein paar Cent ersparen. Dann enden wir dort, wo auch die EU-Landwirtschaftspolitik geendet hat: dass wir 20 Cent Abnehmerpreis für die Milch zahlen.

Das sind alles gescheiterte Systeme, und man kann sich diese gescheiterten Systeme am lebenden Modell in Nordamerika anschauen. Es gibt dieses nordamerikanische Freihandelsabkommen NAFTA; das gibt es ja. Das Resultat war, dass in Mexiko sehr

wohl ungefähr 90 000 Arbeitsplätze in der Montageindustrie, speziell von den großen amerikanischen Automobil- und Maschinenkonzernen, geschaffen worden sind, aber gleichzeitig sind die Existenzen von ungefähr 1,25 Millionen kleinbäuerlichen Maisproduzenten zerstört worden; die sind heute arbeitslos und leben in den Slums.

*(Präsident **Kopf** gibt das Glockenzeichen.)*

Ich komme zum Schluss. Wenn Kommissionspräsident Juncker sagt, machen wir einmal etwas, und wenn es keinen Aufschrei gibt, weil die Leute gar nicht verstehen, worum es geht, dann machen wir so lange weiter, bis es keinen Schritt zurück gibt. So darf das nicht unsere Politik sein, sondern wir müssen jetzt Nein zu den vorliegenden Ergebnissen sagen! – Danke. *(Beifall bei der FPÖ.)*

11.51

Präsident Karlheinz Kopf: Nun gelangt Herr Reimon, Mitglied des Europäischen Parlaments, zu Wort. – Bitte.